

Dr. Annette Schavan MdL, Ministerin für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg

Lieber Herr Prof. Vogel,

lieber Herr Prof. Maier, liebe Frau Lenz, lieber Herr von Voss, lieber Herr Möller, meine Damen und Herren,

es war eine große Freude für mich, einfach einmal 2,5 Std. zuhören zu können. Das bewahrt einen davor, ein Manuskript vorzulesen, das in sich gut ist, aber eben vieles von dem enthält, was bereits gesagt wurde. Ich glaube also, jetzt keinen Rückblick mehr leisten zu müssen und an all das zu erinnern, worauf in vortrefflicher Weise hingewiesen wurde. Ich betrachte meinen Beitrag tatsächlich als Schlusspunkt.

Es ist deutlich geworden, dass das, was den Parlamentarischen Rat auf dem Weg zum Grundgesetz beschäftigt hat, wesentlich geprägt war durch die Erfahrungen derer, die aus dem Widerstand kamen. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben sich für eine Präambel entschieden, die nicht beginnt mit „in Verantwortung vor dem Staat und dem Menschen“, sondern „in Verantwortung vor Gott und dem Menschen“. Sie waren zutiefst davon überzeugt, dass sie auf die sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums setzen können, wenn es um die gestaltenden Kräfte in dieser Gesellschaft geht. Sie haben auf das Christentum gesetzt, nicht zuletzt aus der Erfahrung, dass der Terror nicht weit ist, wenn der Staat beginnt, alles zu definieren und an sich zu ziehen.

Das ist 60 Jahre her. Und dennoch erleben wir - und das sollte auch in den Debatten über Föderalismus und Zentralismus nicht vergessen werden - dass manche alte Idee von einem Staat neu belebt wird, der vorgibt, was Werte sind, der sie unmittelbar vermittelt und keine Partner mehr braucht. Das aktuelle Stichwort dazu: die Berliner Entscheidung, an öffentlichen Schulen einen Werteunterricht einzuführen. Auf den ersten Blick scheint es in Hinblick auf die besondere Situation an Berliner Schulen plausibel, Werte zu vermitteln. Beim zweiten Blick wird deutlich, dass dahinter ein ganz anderes Konzept steht: Man will Abschied nehmen von dem, was die Mütter und Väter mit dem Geist des Grundgesetzes verbunden haben. Man will Abschied nehmen von einem Staat,

- der sich zurücknimmt,
- der weiß, dass er von Voraussetzungen lebt, die er alleine nicht garantieren kann,
- der Partner braucht,
- der das Christentum, der die christlichen Kirchen als Partner nimmt und akzeptiert und wirken lässt, wenn es um die Substanz unseres Gemeinwesens geht.

Das ist eine Abkehr von einer freiheitsbewussten Gesellschaft verbunden mit der Überzeugung von einem Staat, der dem freien Spiel der Kräfte in dieser Gesellschaft Raum gibt und nicht alles an sich bindet.

Außerdem wird mit einem solchen Konzept, wie es jetzt hier in Berlin zum Werteunterricht beschlossen wurde, propagiert, dass es in einer Gesellschaft, in der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Nationen leben, gut sei, dass jeder ein bisschen Distanz zum Eigenen, Distanz zur eigenen Religion bekommt, um dialogfähig zu sein. Das ist eine absurde Vorstellung. Der Dialog ist doch erst dann möglich, wenn die, die ihn eingehen, die ihn suchen, wissen, woher sie kommen, wovon sie überzeugt sind, was die Substanz ist, die sie in diesen Dialog einbringen. Ich nenne dieses Berliner Beispiel bewusst. Es ist ein Beispiel aus einer vielgestaltigen politischen Diskussion, das mir so typisch scheint als Alternative zu dem, was wir eben gehört haben, was den Geist des Grundgesetzes ausmacht und was zum Fundament der Christdemokraten in Deutschland gehört.

Ich stimme deshalb allen zu, die sagen, dass jetzt die Zeit der Auseinandersetzung um das Grundverständnis vom Staat ansteht - und seit Sonntag hat sich noch einmal alles beschleunigt. Wir haben gedacht, wir hätten noch 15 Monate Zeit, um alles zu erarbeiten, was man so erarbeiten will, um sich dann dem Wahltag zu stellen. Jetzt geht das alles schneller.

Meine Erfahrung ist, wenn es schnell geht, ist das manchmal sehr gut, weil man dann entschiedener wird. Man hat keine Zeit mehr für die vielen Zwischensätze. Wir können es und müssen es jetzt auf den Punkt bringen. Das halte ich für eine große Chance und finde, dass wir diese Chance mit großer Leidenschaft und auch mit dem richtigen Optimismus nutzen müssen. Die Dinge auf den Punkt bringen, die Alternativen formulieren im Wissen darum, dass das eine Zeit ist, in der es in der Tat um einen Kampf um das Grundverständnis geht - um Begriffe, die mehr sind als Begriffe, dass wir vielmehr unmittelbare Bezüge zum Fundament unseres Gemeinwesens herstellen müssen. Es wird eine Auseinandersetzung um immer wieder neue Versuche der Umdeutung und damit verbundene Diffamierungen geführt werden müssen. Wir dürfen nicht zulassen, dass über den Weg der Umdeutungen Traditionen zerstört werden und Orientierungslosigkeit befördert wird. Denn wer immer Traditionen zerstört und Orientierungslosigkeit weiter befördert, verunsichert zugleich Menschen. Er stört und minimiert damit auch das Selbstbewusstsein von Menschen.

Dem sollten wir uns ganz deutlich entgegen stellen. Das ist für mich Quintessenz nicht nur dessen, was ich heute Morgen in den Vorträgen und Diskussionen gehört habe; nicht nur dessen, was wir Nachfolgende heute aus den Biographien, den Überzeugungen, der Kraft der Frauen und Männer im Widerstand lernen können,

sondern was dann auch zur Gründungsgeschichte der Christlich Demokratischen Union gehört. Die Quintessenz ist das Bild eines freiheitsbewussten, selbstbewussten, verantwortungsbewussten Menschen. Das ist die profane Übersetzung vom „Geschöpf Gottes“ - eben nicht der Mensch, der bestimmt wird vom Staat, sondern der Mensch in seiner Eigenständigkeit, in seiner Geschöpflichkeit. Geschöpf Gottes ist die theologische Sprache und übersetzt heißt das: Wir können davon ausgehen, dass das der Mensch ist, der, wie es im Galater-Brief heißt, zur Freiheit berufen ist, dem man etwas zutrauen kann, der daraus Kräfte entwickelt und eben nicht auf die Gnade des Staates angewiesen ist.

Kampf um das Grundverständnis, um das Selbstverständnis der politischen Kultur, um das Verhältnis von Bürger und Staat - manchmal kommt es mir so vor, als müssten wir wieder den Blick für das Naheliegende schärfen. Wir müssen das Naheliegende unterscheiden von den vielen rhetorischen Kompliziertheiten, die manches Mal vom Kern des Themas und des Problems und von der Substanz des Themas ablenken.

Kampf um das politische Selbstverständnis, Auseinandersetzung über Wege der Entwicklung unserer Gesellschaft - dazu gehört für die Christlich Demokratische Union nach meinem Selbstverständnis auch, sich dagegen zu wehren, dass jegliche Überzeugung einfach zur Privatsache erklärt wird. Wenn eine Überzeugung nur insofern interessant ist, als sie eine individuelle und private ist, dann wird auch Religion zur Privatsache. Auf diese Art und Weise wird auch das Wirken der Kirchen als Akt der Privilegien des Staates an diese Kirche umgedeutet. Für die Frage des Zusammenhalts einer Gesellschaft bleibt dann nichts anderes mehr übrig als Strategie, Demoskopie und Pragmatismus.

Unsere Aufgabe besteht darin, deutlich zu machen, welche Überzeugungen in den letzten 60 Jahren zum sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft beigetragen haben. Heute vor 56 Jahren ist das Grundgesetz in Kraft getreten. Die Geschichte des Grundgesetzes sowie die Geschichte der Christlich Demokratischen Union verpflichten uns, uns eben nicht auf eine Auseinandersetzung einzulassen, in der es nur darum geht, wer die beste Strategie hat. Es geht nicht zu erst um das, was die Demoskopen meinen und raten, sondern dass wir uns über die Überzeugungen auseinandersetzen, auf die unsere Gesellschaft nicht verzichten kann. Aus Überzeugungen, aus unserem Verständnis von Freiheit erwachsen Verbindlichkeiten und Verantwortlichkeiten, die nicht nur abstrakt zum Wertefundament unserer Gesellschaft gehören. Sie gehören letztlich in einen Katalog der Grundhaltungen, ohne den diese Gesellschaft weder innovativ sein kann, noch Kraft entwickelt und am Ende auch selbstvergessen gegenüber ihrer eigenen Vergangenheit sein wird.

Diejenigen, die einer jungen Generation, andauernd vorenthalten, in welchen Traditionen eine Gesellschaft steht, was die religiösen Wurzeln unserer Kultur sind, diejenigen entziehen diesen Kindern die Chance, Heimat zu finden. Sie machen sie heimatlos. Eine heimatlose Generation ist eine orientierungslose Generation. Friedrich Schleiermacher hat in seiner Vorlesung über Theorie und Praxis der Erziehung 1826 gesagt: „Das Herzstück aller Fragen von der Theorie und Praxis von Erziehung ist die Frage, was die Alten mit den Jungen vorhaben, wovon die Alten überzeugt sind, dass es

wichtig ist für die Jungen, davon zu wissen, es zu erfahren, um wieder selbst diese Kultur gestalten zu können“.

Aus ihrer Gründungsgeschichte heraus war die Christlich Demokratische Union die prägende Kraft in Deutschland. Sie hat die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stärker geprägt als jede andere demokratische Partei. Die Stichworte sind im Blick auf Äußeres und Inneres genannt worden: Westbindung, Aussöhnung mit unseren Nachbarvölkern und mit Israel. Wir haben jetzt gerade den 40. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland begangen, die Bilder von Konrad Adenauer und Ben Gurion sind noch in guter Erinnerung. Weitere Stichworte sind: Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die europäische Einigung, schließlich die Wiedervereinigung unseres Landes - an einigen dieser Stichworte entlang will ich über die Perspektiven in diesen Politikfeldern sprechen.

Ich habe zum Thema „40. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel“ in einer Schule mit vielen Schülern diskutiert und ich war sehr angetan zu erleben, wie neugierig und interessiert diese Schüler und Schülerinnen zugehört haben. Wir werden uns in den nächsten Jahren an vielen dieser Jahrestage bemühen müssen, neue Impulse für eine Kultur der Erinnerung nach der Zeit der Zeugen zu setzen; dabei spielt der biographische Ansatz eine große Rolle. Wer sich auf das Gespräch mit jungen Leuten einlässt, für die vieles ganz fremd ist, der spürt, dass es ein großes Interesse, eine Sehnsucht nach Orientierung gibt. Die Bereitschaft, zuzuhören ist groß.

Herr von Voss hat es eben gesagt, Prof. Maier hat es in seiner Rede noch einmal verstärkt, und ich spitze es jetzt zu: Die Christlich Demokratische Union darf sich im Blick auf ökonomische Fragen nicht als technokratische Partei präsentieren. Wer könnte besser deutlich machen, wenn nicht die CDU, dass die Idee der Sozialen Marktwirtschaft nicht einfach die Idee für eine Ordnung des Wirtschaftens war, sondern das damit die Vision einer Gesellschaft, des freiheitlichen Modells einer Gesellschaft, verbunden war. Ludwig Erhard schreibt in seinem Buch „Wohlstand für alle“ über die Aufgaben des Wirtschaftsministers: „Er muss Sorge dafür tragen, dass Kräfte in einer Volkswirtschaft freigesetzt werden, dass sie so freigesetzt werden, dass niemand auf die Gnade des Staates oder die Gnade des Anderen angewiesen ist“. Erhard ist schon damals mit seinen Vorstellungen auf Widerstand gestoßen. Er hat viele der gleichen Debatten erlebt, die wir auf andere Weise heute auch erleben und von denen wir uns nicht nervös machen lassen dürfen.

Die Frage der Sozialen Marktwirtschaft ist letztlich die Frage, ob wir bereit sind, zu einem wirklichen Plädoyer für die Freiheit - ob wir der Freiheit trauen. Nicht jener Freiheit, die in Beliebigkeit endet, sondern jener Freiheit, in der der Mensch seine Talente entfaltet, in der er ermutigt wird zur Gestaltung in dieser Gesellschaft - und dies auch unter neuen Bedingungen, denn die Globalisierung bedeutet eine völlig andere ökonomische Welt als vor 50 und 60 Jahren. Ob wir in einer solchen Situation bereit sind, nicht davon auszugehen, dass nur da etwas geschieht, wo es unmittelbar vom Staat ausgeht – sondern, ob wir der Idee der Freiheit eine Chance geben.

Die Zeit der Beliebigkeit im Blick auf Freiheit ist vorbei. Junge Leute finden langweilig, woran sie sich nicht mehr abarbeiten können. Das Authentische, das Klare ist gefragt. Das was Freiherr zu Guttenberg über die Reaktionen junger Leute in Hinblick auf den verstorbenen Papst und den jetzigen Papst gesagt hat, macht doch folgendes deutlich: Nicht alles, was diese beiden Päpste gesagt haben, finden junge Leute auch richtig. Es ist so, wie ein Jugendlicher auf dem Petersplatz gesagt hat: „Der Papst erinnert mich an meine Oma. Die redet in bestimmten Dingen immer auf mich ein. Ich tue das dann anders, aber ich glaube, sie hat recht.“ Diese Erfahrung als junger Mensch machen zu können, sich immer wieder zu erinnern an die, die so reden und man weiß, die haben im Grunde recht und irgendwann kommt man selbst zu dieser Auffassung, das ist eine ganz wesentliche orientierungsstiftende Aufgabe. Parteien haben auf ihre eigene Weise eben auch die Aufgabe der Orientierung. Zur Orientierung muss gehören, wieder zu einer Idee der Freiheit zurückzufinden, die den Menschen, die Kinder und Jugendliche ernst nimmt. Dies muss der zentrale Satz aller verantwortungsbewussten Bildungspolitik sein.

Ludwig Erhard hat in der Auseinandersetzung um die Freiheit, um die Vorsorge und die Selbstvorsorge geschrieben: „Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung kann auf die Dauer nur dann bestehen, wenn und solange auch im sozialen Leben der Nation ein Höchstmaß an Freiheit, an privater Initiative und Selbstvorsorge gewährleistet ist. Wenn dagegen die Bemühungen der Sozialpolitik darauf abzielen, Menschen schon von der ersten Stunde der Geburt an volle Sicherheit gegen alle Widrigkeiten des Lebens zu gewährleisten, dann kann man von solchen Menschen einfach nicht mehr verlangen, dass sie das Maß an Kraft, Leistung, Initiative und anderen besten menschlichen Werten entfalten, das für das Leben und die Zukunft der Nation schicksalhaft ist.“ Was er damit beschreibt, ist letztlich die Versuchung eines Staates, einen schleichenden Prozess der Entmündigung des Menschen auf den Weg zu bringen, an dessen Ende dann eben auch die Fähigkeit verlorengegangen ist. Deshalb muss die Idee der Freiheit, der Verantwortung eines ernstgenommenen Menschen auch im Zentrum stehen, wenn wir über wirtschaftliche Fragen sprechen. Keine zentrale ökonomische Frage kann alleine aus der Sachlogik des Ökonomischen heraus beantwortet werden. Wichtiger ist, dass die aus der Sachlogik gewonnenen Erkenntnisse mit der Beschreibung einer zukünftigen Gesellschaft verbunden werden. Die Ordnung des Wirtschaftens muss verbunden werden mit der Vorstellung einer Gesellschaft, in der sozialer Zusammenhalt gestiftet wird, in der Generationen Wege zueinander finden und nicht immer mehr Wege in die Isolierung führen - mit allen Konsequenzen, die für Kinder und Alte damit verbunden sind. Das, was wir ökonomisch leisten müssen, um diese Gesellschaft in Schwung zu bringen, werden wir nur leisten können, wenn wir die Möglichkeiten, die Kräfte, die Talente und die Mentalität von Menschen einbeziehen. Deshalb muss es ein ganzheitlicher politischer Ansatz sein. Ludwig Erhard hat das für seine Zeit formuliert, wir müssen es für unsere Zeit tun.

Es muss wieder ein von Solidarität geprägter Staatsaufbau herauskommen, der die Menschen ernst nimmt und der mehr Chancen und mehr Raum gibt, Probleme da zu lösen, wo sie entstanden sind. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass von oben kommende staatliche Intervention bei jeder Gelegenheit - von der Ganztageschule bis zur Exzellenzförderung - der einzige Weg sei, wie es mit Deutschland vorangehen kann. Das sind zwei grundverschiedene Wege und sie müssen als grundverschieden deutlich

gemacht werden: Es muss deutlich werden, dass das nicht eine strategische Entscheidung ist, sondern dass die Entscheidung, die zu treffen ist, eine ist, die mit unserem Verständnis vom Menschen, vom Aufbau des Staates und seines Gemeinwesen zu tun hat.

Schließlich ist die Frage der Familienpolitik angesprochen worden. Herr Prof. Maier hat in diesem Zusammenhang auf Frankreich hingewiesen. Ich bin davon überzeugt, dass sich ein Land, das 132 Milliarden Euro in irgendeiner Weise an familienfördernden Leistungen vergibt und feststellt, dass die nicht wirksam genug sind, sich mit einer wirksameren Familienförderung beschäftigen muss. Das gehört auch zu den Punkten, die wir aufgreifen und ausformulieren müssen. Frau Lenz kennt sich in Europa aus und deshalb weiß sie, dass Deutschland mit diesen 132 Milliarden Euro im europäischen Vergleich nicht schlecht liegt. Daraus kann kein Mensch den Schluss ziehen, wir seien kein familienfreundliches Land. Dennoch ist das Klima in Deutschland für die Familie, für ein gutes Miteinander und eine wechselseitige Verantwortung der Generationen, nicht so ausgeprägt, wie es in manch anderen europäischen Ländern ist. Es ist auch nicht einfach eine Frage des Geldes; man sollte auch nicht sagen, wenn kein Geld da ist, macht es keinen Spaß zu regieren. Ich kann nur sagen, regieren ist wunderbar. Da darf man sich nicht von schlechten Haushalten abschrecken lassen. Die Frage stellt sich dann allerdings um so mehr, wie mit den Möglichkeiten, die wir haben, wirksamer gestaltet wird.

Für mich heißt das, in der Familienpolitik einen stärkeren Akzent auf kinderreiche Familien zu setzen. Für mich heißt das, eine Grundentscheidung klar zu machen, dass Kinder beim Staat nicht automatisch besser aufgehoben sind als beim eigenen Vater und bei der eigenen Mutter. Dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr schwierig ist, das leugne ich nicht; man wird mir nicht unterstellen, dass ich ein Frauenbild habe, wonach die Frau zu Hause bleibt und der Mann zum Geldverdienen aus dem Haus geht. Aber der Ansatz muss doch sein: die Menschen zu stärken und nicht Vorschläge wie die Abschaffung des Mutterschaftsurlaubs von drei Jahren zu machen. Da müssen wir der Wirtschaft widersprechen und zwar ganz klar. Wir müssen deutlich machen, dass dies Errungenschaften sind. Errungenschaften, weil wir sagen: Es ist wichtig, dass Familie auch Raum hat; es ist wichtig, als Familie leben zu können und nicht Familie nur in dem Maße zu zulassen, wie sie der Erwerbswelt gerecht wird.

Man muss bessere Möglichkeiten schaffen für Frauen ab 45 Jahren, deren Kinder erwachsen sind und die wieder einen Einstieg ins Berufsleben suchen. Man darf nicht mit 50 Jahren immer mehr Leute vor die Tür zu setzen und der 45jährigen Frau sagen, dass sie natürlich keine Möglichkeit hat, wieder einzusteigen.

Wir müssen sagen, was uns Arbeit in der Familie, was uns Erziehung wert ist und ob wir tatsächlich ein Bild einer künftigen Gesellschaft haben, in der der rote Faden einer jeden Biographie vor allem die Erwerbstätigkeit ist und alles andere sich dem unterordnen muss. Das ist eine Grundentscheidung. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung sind wir bereit, über andere rote Fäden zu sprechen, von denen wir überzeugt sind, dass sie für eine freiheitliche und moderne Gesellschaft und für eine menschliche Gesellschaft wichtig sind.

Gerade im Bereich der Familienpolitik, der Generationenpolitik, der Kinderpolitik, wie immer das jetzt auch noch durch andere Begriffe ergänzt wird, finde ich, können wir Christdemokraten - und ich übertrage es auch auf Konservative - gut deutlich machen, dass wir nicht von dem, was gestern war, leben. Wir leben aus dem, was immer gilt. Die einzige Konstante ist der Wandel, das wissen wir. Aber gerade in Zeiten von besonders spürbarem Wandel und Umbruch ist es wichtig, das zu formulieren, was immer gilt: Es gibt Konstanten im Verhältnis der Generationen, die zu allen Zeiten hochbedeutsam sind, um Menschen nicht Heimat zu nehmen, um ihnen nicht die Orientierung zu rauben, sondern ihnen wirklich zu ermöglichen, sich zu entfalten und ein Leben in Gemeinschaft zu leben.

Wir erleben - und wir werden das in den Auseinandersetzungen der nächste Monate noch stärker erleben - eine große Scheu vor der Freiheit. Wir erleben Skepsis gegenüber der Freiheit; das kann ich gut verstehen, weil in Deutschland über lange Zeit Freiheit umgedeutet worden ist. Sie wurde umgedeutet in Beliebigkeit, in eine Rhetorik, die da besagt, dass jeder seines Glückes Schmied ist, jeder tut, was er für richtig hält und alles irgendwie möglich ist. Das ist zersetzend für jede Gesellschaft. Das ist auch nicht attraktiv. Das ist das Ende jeder intellektuellen Debatte. Wenn jeder sowieso tut und denkt, was er für richtig hält und an anderen nicht interessiert ist, ist die Debatte beendet. Eine Gesellschaft wird dann selbstgenügsam, selbstgerecht, sie fällt über kurz oder lang auseinander, weil eigentlich niemand mehr interessant ist für den anderen oder niemand mehr Interesse haben muss, an den Meinungen eines anderen. Ich finde, wir haben in Deutschland die Freiheit vernachlässigt. Wir haben Freiheit an vielen Stellen als selbstverständlich, an anderen Stellen als lästig angesehen. Als selbstverständlich da, wo sie mit mehr Annehmlichkeiten verbunden ist und lästig dann, wenn deutlich wurde, dass aus der Wahrnehmung der Freiheit Verantwortung erwächst, eine Verbindlichkeit, der ich mich dann gleichzeitig stellen muss.

Wir reden viel von Strukturreformen in Deutschland - lassen Sie mich das als weiteres Stichwort nach „Familie“ und „Ökonomie“ aufgreifen. Arbeitsstrukturreformen, Strukturreformen bei den sozialen Sicherungssystemen, bei Steuern und Finanzen - da gibt es einen schmalen Pfad zwischen purer Technokratie und damit verbundener Sprache, die keiner versteht, die Angst erzeugt und Unsicherheit schafft. Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch die Ebene der politischen Lyrik, bei der ich keinen Widerspruch ernte, aber letztlich auch noch nicht sage, was ich meine. Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, in all diesen Fragen wirklich Klarheit zu schaffen und Alternativen deutlich zu machen. Die Alternativen einer Politik, die auf Freiheit setzt, setzt auf die Fähigkeit des Menschen zur Verantwortung; auf die Fähigkeit des Menschen, seine Wege zu verantworten und zugleich Verantwortung für andere zu übernehmen. Es sind Konzepte notwendig, in denen die Verantwortung der Generationen füreinander deutlich wird. Die Christlich Demokratische Union hat in der ersten Dekade der Bundesrepublik Deutschland alle großen sozialen Reformen beziehungsweise alle großen sozialen Gesetze auf den Weg gebracht und dies unter Voraussetzungen, die heute zum Teil nicht mehr stimmen. Also müssen wir die neuen Voraussetzungen benennen. Ich bin davon überzeugt, dass wir die Kraft haben, die nächste Generation der sozialen Gesetze auf den Weg zu bringen, die anders geprägt sein wird als die erste große Generation. Aber mit dieser nächsten Generation sozialer Gesetze dürfen wir vom Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft, der Verbindung eines Marktes mit dem

Sozialen, nicht Abschied nehmen. Sozialpolitik in Deutschland ist nicht einfach Barmherzigkeit gegenüber denen, die sich nicht helfen können. Soziales ist ein Herzstück der Gesellschaftspolitik, die Verantwortung stärken muss, die die Verantwortung der Generationen füreinander bestärken muss und die Sorge tragen muss für den sozialen Zusammenhalt. Das ist nicht zuletzt ein zutiefst friedensstiftendes Moment.

Neu hinzu - und da gibt es natürlich im Vergleich zu vor 60 Jahren die größten Veränderungen - kommt als Teil der Gesellschaftspolitik die Integrationspolitik. Unsere Gesellschaft ist im Blick auf die Vielfalt der Kulturen und Religionen eine sehr andere als vor 60 Jahren. Die Christlich Demokratische Union hat aus ihrer Substanz heraus die Kraft, auch dieses zentrale Thema mit klaren Alternativen zu besetzen. Wir müssen Abschied nehmen von Blauäugigkeit, d. h. Abschied nehmen von der Verwechslung von Toleranz und Ignoranz, d. h. werben für die Grundlagen unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Wenn wir in 14 Tagen das 60jährige Bestehen der CDU feiern und wenn wir von da ausgehend dann in eine vermutlich große politische Auseinandersetzung gehen, dann sollten wir deutlich machen, dass wir an einer politischen Kultur arbeiten wollen, in der Freiheit nicht mehr mit Beliebigkeit verwechselt wird. Wir sollten die Substanz der Freiheit freilegen, aus der sich Verbindlichkeiten neu entwickeln. Wir wollen uns außerdem an einer politischen Kultur arbeiten, in der künftige Generationen nicht fremd oder ignorant bleiben gegenüber der Kultur und Gesellschaft, in der sie leben, sondern Erfahrungen machen können mit den Wurzeln dieser Kultur. Drittens sollten wir eine Politik formulieren - an ganz konkreten Themen, aber eben auch grundsätzlich - in der deutlich wird, dass das Gewissen für das Ganze - wie Eduard Spranger es einmal genannt hat - gilt, für Deutschland, für die europäische Politik, für die internationale Politik.

Ich danke Ihnen.